

15.12.2016

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen „Bund muss seine Anteile an der Flughafengesellschaft Köln/Bonn halten“, Drucksache 16/13690

Koalitionsfraktionen sollen keine unbegründeten Ängste schüren und die Landesregierung muss mit dem Bund konstruktiv in Gespräche eintreten

I. Sachverhalt:

Als erster Flughafen Deutschlands wurde der Düsseldorfer Flughafen im Jahr 1997 durch die frühere rot-grüne Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Rau teilprivatisiert. Das Land Nordrhein-Westfalen verkaufte seinen 50-Prozent-Anteil an die damalige RWE-Tochter Hochtief und eine irische Flughafenbetreiber-Gesellschaft. Seither ist dieser Eigentumsanteil mehrfach in andere Hände gelangt. Die andere Hälfte verblieb bei der Stadt Düsseldorf. Diese Entscheidung hatte seinerzeit keinen Einfluss auf den Anwohnerschutz.

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt zurzeit 30,94 Prozent am Köln-Bonner Flughafen. Diese Beteiligung des Bundes am Flughafen Köln/Bonn stellt aus Sicht des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) keine strategische Beteiligung dar. Nach der Prüfung des Bundesinteresses im Rahmen der „Fortschreibung 2014“ ist eine Verringerung bzw. eine Veräußerung der unternehmerischen Beteiligung des Bundes an der Flughafen Köln/Bonn GmbH beabsichtigt bzw. in Prüfung.

Die Fraktionen von SPD und Grünen schüren in ihrem Antrag völlig unbegründet Ängste bei der Bevölkerung, indem sie die Veräußerung von Flughafenanteilen mit einer Gefährdung des Lärmschutzes in Verbindung bringen.

Die Landesregierung hatte in den vergangenen 6 Jahren genügend Zeit, in einer neuen Luftverkehrskonzeption für das Land Nordrhein-Westfalen Perspektiven, Chancen und Grenzen für den Flughafen Köln/Bonn näher zu konkretisieren. Leider ist dies aufgrund der Zerstrittenheit der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen unterblieben und führt zu verstärkter Unsicherheit aller Beteiligten. In dieser Situation kann es nicht im Interesse des Landes sein, wenn

Datum des Originals: 15.12.2016/Ausgegeben: 15.12.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

diese Landesregierung oder ein anderer Gesellschafter den öffentlichen Anteilseignerkreis des Köln-Bonner Flughafens dominiert.

Die aktuelle Eigentümerstruktur - Stadt Köln (31,12 %), Bundesrepublik Deutschland (30,94 %), Land Nordrhein-Westfalen (30,94 %), Bundesstadt Bonn (6,06 %), Rhein-Sieg-Kreis (0,59 %), Rheinisch-Bergischer Kreis (0,35 %) - hat sich bisher bewährt. Die Verlässlichkeit der Anteilseigner, gerade auch des Bundes, hat dafür gesorgt, dass der Flughafen Köln/Bonn nicht nur auf einer gesicherten Grundlage steht, sondern sich im Interesse Nordrhein-Westfalens dynamisch entwickelt hat. Dabei wurden stets die Interessen aller Beteiligten in Land und Region gewahrt.

II. Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Flughafen Köln/Bonn ein bedeutender Luftverkehrsstandort für Nordrhein-Westfalen und ein bedeutendes Luftverkehrsdrehkreuz für Deutschland insgesamt ist.
2. Die von öffentlichen Anteilseignern getragene Eigentümerstruktur hat sich bewährt. Aus Sicht des Landtags besteht keine zwingende Notwendigkeit, diese zu verändern.
3. Eine Anteilsverteilung, bei der kein Gesellschafter die anderen majorisieren kann, führt dazu, die hohe Akzeptanz des Flughafens in der Region zu erhalten, die Interessen der beteiligten Kommunen und Kreise zu wahren und gleichzeitig den Flughafen dynamisch zu entwickeln.
4. Angesichts dieser besonderen verkehrspolitischen Bedeutung ist alles dafür zu tun, dass die Entwicklung des Flughafens Köln/Bonn in größtmöglicher Übereinstimmung mit Anteilseignern, umliegenden Kommunen und Bewohnern sichergestellt wird.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Josef Hovenjürgen
Klaus Vossemer

und Fraktion